

Gemeinsame Zukunftsgestaltung oder heillose Selbstsucht

Ein Rückblick auf die Jahre 2015 /16 und Perspektiven für die kommenden Zeiten

Joachim Rüppel

In den Jahren 2015 und 2016 wurde der politische Einsatz für die von HIV und anderen gravierenden Krisen bedrohten Menschen vor besonders große Herausforderungen gestellt. Zum einen hat die Weltgemeinschaft in dieser Zeit die wichtigsten Vereinbarungen beschlossen mit den erklärten Zielen, eine lebenswerte Zukunft zu sichern und Niemanden zurückzulassen. Zum anderen sehen wir uns immer dreisteren Manipulationen und in vielen Ländern auch brutaleren Repressionen gegenüber mit dem offensichtlichen Vorsatz, von den tatsächlichen Problemen der Menschheit abzulenken und die extreme Ungleichheit in Bezug auf die Verfügung über Macht und Vermögen zu zementieren.

Wichtige aber widersprüchliche internationale Vereinbarungen

Dieser Grundwiderspruch bestimmte auch die internationalen Verhandlungen, um die wichtigsten Ziele der globalen Politik und Entwicklung in den kommenden Jahren und Jahrzehnten zu vereinbaren. In diesem Zeitraum fanden gleich vier Aushandlungsprozesse statt, deren Ergebnisse die globale HIV-Bewältigung und Gesundheitsförderung ganz unmittelbar oder zumindest indirekt beeinflussen werden: die Dritte UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung (Juli 2015), die Verabschiedung der neuen Entwicklungsagenda in der Nachfolge der Millenniums-Entwicklungsziele durch die Vereinten Nationen (September 2015), die UN-Klimakonferenz (Dezember 2015) und schließlich das Hochrangige Treffen zu HIV und Aids (Juni 2016). Insbesondere bei den Konsultationen zur dann so benannten Agenda 2030 und zur UN-Erklärung zu HIV und Aids mit dem Titel „Auf der Überholspur um die Bekämpfung von HIV zu beschleunigen und die Aids-Epidemie bis 2030 zu beenden“ haben wir uns mit dem Aktionsbündnis gegen Aids bemüht, eigene Ideen und Argumente einzubringen und konstruktive Vorschläge zur Formulierung wesentlicher Passagen der betreffenden Übereinkommen zu machen. Gemeinsam mit Bündnispartnern in der nationalen und internationalen Zivilgesellschaft haben wir so versucht, darauf hinzuwirken, dass die richtigen Weichenstellungen für die Verwirklichung der globalen Gesundheit und die Sicherung guter Lebensbedingungen für alle Menschen getroffen werden.

Angemessene Ziele umsetzen und weitergehende Verpflichtungen einfordern

Eine nüchterne Bewertung der Ergebnisse zeigt, dass der Einsatz nicht umsonst war, insbesondere was die Anerkennung wichtiger Realitäten und die Vereinbarung vernünftiger Einzelziele angeht. Dazu gehören insbesondere die Beendigung von Aids und anderen verheerenden Epidemien, die allgemeine Gesundheitsversorgung und die Bestätigung der Zwischenziele für die Behandlung und Prävention von HIV wie sie in der Fast Track Initiative von UNAIDS skizziert sind. Andererseits greifen die Aussagen zu fundamentalen Handlungsfeldern viel zu kurz, vor allem was die Mobilisierung der notwendigen Finanzmittel, die notwendige gesellschaftspolitische Umsteuerung und ganz besonders die Überwindung jeglicher Form von Diskriminierung anbelangt. Daher bedarf es für die nächste Zeit

einer zweigleisigen Advocacy-Strategie der Zivilgesellschaft. Während die Umsetzung der angemessenen Ziele von den politisch Verantwortlichen einzufordern ist, muss gleichzeitig auf eine Überwindung der konzeptionellen Schwächen durch zusätzliche Verpflichtungen gedrängt werden. Im Licht unserer Anliegen braucht es vor allem verbindliche Zusagen, um bis spätestens 2020 die UN-Vereinbarungen und internationalen Empfehlungen zur Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit, der Gesundheitsversorgung und der HIV-Bewältigung umzusetzen, die Auswirkungen der verschärften Patentbestimmungen und anderer Monopolrechte auf die Verfügbarkeit von Medikamenten zu überprüfen sowie die extreme soziale und wirtschaftliche Ungleichheit zu reduzieren.

Aktionsbündnis erstellt 5. zivilgesellschaftliche Bestandsaufnahme

Wie in jedem Jahr, in dem die Vereinten Nationen entsprechende Folgetreffen zu der Sondergeneralversammlung zu HIV und Aids (Juni 2001) abhielten, haben wir auch 2016 einen umfassenden Bericht zum politischen und finanziellen Engagement Deutschlands erstellt. Diese fünfte zivilgesellschaftliche Bestandsaufnahme beleuchtet eingehend die oben genannten UN-Vereinbarungen und analysiert die deutschen Beiträge auf den wichtigsten Handlungsfeldern. Teil B des Berichts enthält die wesentlichen Ergebnisse einer Studie, die zum ersten Mal versucht, die finanziellen Beiträge aller 23 dem OECD-Entwicklungsausschuss angehörenden Staaten für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) zu eruieren. Diese Untersuchung wurde im Vorfeld des UN-Treffens zu HIV und Aids vom Missionsärztlichen Institut in Kooperation mit dem Aktionsbündnis durchgeführt und für den Bericht aktualisiert. Demnach erreichten Deutschlands Zuschüsse für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit insgesamt im Zeitraum von 2000 bis 2015 kaum die Hälfte der mittleren Beitragshöhe, die sich für die 12 anderen wirtschaftlich vergleichbaren Länder Europas (ausschließlich der vier am stärksten von der Finanzkrise betroffenen Länder) errechnet. Die finanziellen Anstrengungen für die globale Gesundheit fielen noch weiter zurück und beliefen sich auf lediglich ein Drittel des europäischen Mittelwerts. Ein ähnlich schwaches Bild zeigen auch die deutschen Leistungen für die Bewältigung der weltweiten HIV-Epidemie, obwohl die entsprechenden Anteile bei sektorweiten Programmen und Projekten der reproduktiven Gesundheit berücksichtigt wurden. Deutschland war somit für einen großen Teil des Finanzierungsdefizits verantwortlich, das neben dem mangelnden politischen Willen eine vollständige Verwirklichung der MDGs verhinderte. Das nachfolgende Zitat fasst die zentrale Schlussfolgerung zusammen:

„Wenn Deutschland über den Zeitraum der MDG-Umsetzung das Durchschnittsniveau der wirtschaftlich vergleichbaren DAC-Staaten Europas erreicht hätte, wäre ein Gesamtbeitrag von fast 31 Milliarden Euro zustande gekommen. Tatsächlich belief sich der deutsche Beitrag zur Verwirklichung der gesundheitsbezogenen Ziele auf wenig mehr als 10 Milliarden Euro, so dass sich ein Fehlbetrag von fast 21 Milliarden Euro ergibt. Deutschland trägt somit nicht nur als Staat mit der größten Volkswirtschaft in Europa eine besondere Verantwortung für die Verbesserung der Lebens- und Gesundheitsbedingungen in den wirtschaftlich benachteiligten Weltregionen, sondern hat auch allen Grund, das in der MDG-Periode kumulierte Beitragsdefizit durch deutlich erhöhte Anstrengungen in den kommenden Jahren der Umsetzung der 2030 Agenda wenigstens annähernd auszugleichen.“

Selbstverständlich haben wir auch einen Weg aufgezeigt, wie Deutschland von einem Nachzügler zu einem führenden Beitragszahler für die globale Gesundheit bis zum Ende des Jahrzehnts werden sollte. Das ist der entscheidende Zeitraum, um die notwendigen Investitionen in die Stärkung der

Gesundheitssysteme zu tätigen, so dass das Ziel 3 der neuen Entwicklungsagenda „Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern“ bis 2030 tatsächlich zu erreichen ist. Somit fordern wir dazu auf, dass Deutschland bis 2020 seine ODA-Zuschüsse für die Verbesserung der Gesundheitschancen der benachteiligten Mehrheit der Weltbevölkerung von derzeit knapp einer Milliarde Euro auf rund 4,7 Milliarden Euro erhöht. Davon sollten rund 1,3 Milliarden Euro für die weltweiten Bemühungen zur Überwindung von Aids beigesteuert werden. Diese Zielgrößen für 2020 würden voraussichtlich 0,135 Prozent bzw. 0,037 Prozent des Bruttonationaleinkommens entsprechen. Hierbei werden die neuesten Bedarfsschätzungen und Wirtschaftsprognosen sowie die besondere Verantwortung Europas berücksichtigt. Diese Beitragshöhen sind keinesfalls zu viel verlangt, denn sie werden bereits im Durchschnitt von den fünf erstplatzierten Geberländern erreicht. Daher heißt es im letzten Abschnitt unseres Berichts:

„Die hier vorgeschlagene Anhebung der ODA-Beiträge für die globale Gesundheit ist als Investition in die Zukunft zu sehen. Damit würde Deutschland die weltweiten Bemühungen für die Verbesserung der Gesundheits- und Lebensbedingungen der benachteiligten Mehrheit der Weltbevölkerung ein großes Stück voranbringen. Sie würde somit helfen, immenses menschliches Leid zu vermeiden und entscheidende Voraussetzungen für die nachhaltige Entwicklung zu schaffen. Darüber hinaus würde Deutschland mit diesem Zeichen der menschlichen Solidarität eine neue Glaubwürdigkeit erlangen, die für den Politikdialog um die Überwindung internationaler Konflikte sowie die Gestaltung einer gerechteren und zukunftsfähigen Weltordnung von ausschlaggebender Bedeutung ist. Und ein Teil dieser neuen Ordnung sollte ein globaler Aktionsplan sein mit dem Ziel, allen Menschen den Zugang zu lebenswichtigen Gesundheitsdiensten zu ermöglichen, ohne sie dabei in Armut zu stürzen. Dazu gehört ein Finanzierungsmodell, das die Unsicherheit freiwilliger Beitragsleistungen überwindet und stattdessen auf einem fairen System von Pflichtbeiträgen beruht.“

Substanzielle Fortschritte bei der Entwicklungsfinanzierung

Es sieht so aus, dass die politische Überzeugungsarbeit nicht ohne Wirkung geblieben ist. Ende November hat der Bundestag in der abschließenden Beratung des Bundeshaushalts für 2017 die höchste jemals verzeichnete Aufstockung der Finanzmittel für die Entwicklungszusammenarbeit beschlossen. So soll das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung über insgesamt 8,5 Milliarden Euro verfügen, was einen Aufwuchs von 1,1 Milliarden Euro im Vergleich zum laufenden Jahr bedeutet. Dazu kommen Erhöhungen für entwicklungsrelevante Titel in anderen Ressorts, in erster Linie für die humanitäre Hilfe, die sich auf mehr als 600 Millionen Euro summieren. Nach unseren auf den verfügbaren Daten beruhenden Berechnungen dürften sich die realen Transferleistungen damit auf ca. 0,36 Prozent des Bruttonationaleinkommens steigern, was gut der Hälfte des 1970 beschlossenen UN-Richtwerts von 0,7 Prozent entspricht. Im Jahr 2015 belief sich die Zuschuss-Quote auf weniger als 0,29 Prozent. Dabei werden Kredite, Kapitalbeteiligungen, Schuldenerlasse, Verwaltungskosten und andere Inlandsausgaben wie für Flüchtlinge und Studenten aus Entwicklungsländern herausgerechnet, die keine finanzielle Anstrengung erfordern, wieder an den Geberstaat zurückfließen oder wenig dazu beitragen, den Bedarf an externer Entwicklungsfinanzierung in den benachteiligten Ländern zu decken.

Weiterhin unzureichende Beiträge für die Gesundheitsförderung

Es ist im Moment allerdings Skepsis angebracht, ob ein angemessener Teil dieser zusätzlichen Mittel in vorrangigen Bereichen wie der globalen Gesundheit eingesetzt werden wird. Leider sollen die Beiträge für gesundheitsrelevante internationale Organisationen nur geringfügig oder gar nicht gesteigert werden. Für das wichtigste Finanzierungsinstrument im Gesundheits- und HIV-Bereich, den Globalen Fonds, sind 230 Millionen Euro vorgesehen gegenüber einem Kernbeitrag von 210 Millionen im Jahr 2016. Schon bei der Abschlusskonferenz zur Wiederauffüllung des Fonds in der kommenden Periode 2017 bis 2019 blieben die deutschen Finanzierungszusagen deutlich unter dem angemessenen Niveau von 1,275 Milliarden Euro. Wenn wir die mit Haushaltsmitteln bestrittenen Leistungen summieren, d.h. den Direktbeitrag, die technische Kooperation und die Mitfinanzierung des erhöhten EU-Beitrags einbeziehen, ergeben sich kaum 800 Millionen Euro. Das sind deutlich weniger als zwei Drittel der fairen Beitragshöhe. Im Vergleich zu den ursprünglichen Zusagen für die vorige Periode von 2014 bis 2016 ist nur ein Zuwachs von rund 105 Millionen Euro zu verzeichnen. Die von der Bundesregierung eingerechneten 100 Millionen Euro, die auf dem Umweg über Schuldenumwandlungen zustande kommen sollen, können jedoch nicht als reale Transferleistung gelten. Die Verschuldungssituation, in der die Schuldnerländer statt Rückzahlungen an den deutschen Staat abzuführen Beiträge an den Fonds für dessen Programme in den betreffenden Ländern leisten, ist ja erst durch zweifelhafte Praktiken von Seiten Deutschlands wie die Kreditfinanzierung von Entwicklungszusammenarbeit und staatliche Bürgschaften für Exportkredite entstanden. Außerdem ist damit für den Globalen Fonds eine höhere Unsicherheit verbunden, so dass diese indirekten Zuwendungen bei der vorab geplanten Verteilung der Finanzmittel an die Empfängerländer nicht einbezogen werden. Ohne diese und andere Risiken zu berücksichtigen, rechnet der Fonds damit, dass die getätigten Zusagen insgesamt einen Umfang von 12,9 Milliarden US\$ ergeben und damit fast den angeforderten Betrag von 13 Milliarden US\$ erreichen. Das wird jedoch nicht ausreichen, um die in der Agenda 2030 anvisierte Zielvorgabe zu verwirklichen, die Aids-Tuberkulose und Malariaepidemien zu beseitigen. Bei den derzeitigen Vorhersagen und optimalem Mitteleinsatz würden alle inländischen und internationalen Finanzierungsströme zusammen genommen kaum 80 Prozent des Gesamtbedarfs decken.

Pressemitteilung zum Welt AIDS Tag: den UN Richtwert erfüllen und Engagement für die globale Gesundheit erhöhen

Daher haben wir in unserer Pressemitteilung zum Welt-Aids-Tag gefordert, dass die politisch Verantwortlichen in Deutschland jetzt die richtigen Richtungsentscheidungen treffen. Zitat:

„Die Hebel sind vor allem an zwei Stellen anzusetzen. Zunächst ist es unabdingbar, die jährlichen Erhöhungen der Gesamtmittel zu verstetigen und zu beschleunigen. Das Ziel muss sein, bis 2020 den UN-Richtwert zu erfüllen. Dafür sollten genügend Haushaltsmittel bereitgestellt werden, statt die mit privatem Kapital finanzierten Kredite anzurechnen. Zugleich sind der Gesundheitsversorgung im Allgemeinen und der HIV-Bewältigung im Besonderen ein wesentlich höheres Gewicht in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit einzuräumen. Dies bedeutet auch die stärkere Unterstützung wichtiger UN-Organisationen und effektiver multilateraler Finanzierungsinstrumente wie des Globalen Fonds. Nur dann kann die von der Bundesregierung mitgetragene Initiative zur Stärkung der Gesundheitssysteme glaubwürdig vertreten und effektiv umgesetzt werden.“

Die allgemeine Gesundheitsversorgung ist finanzierbar

In einer weiteren Anfang 2016 publizierten Studie konnten wir zeigen, dass die Finanzierungslücken bei der Gesundheitsversorgung geschlossen werden können, wenn sowohl die wirtschaftlich bessergestellten als auch die benachteiligten Länder die internationalen Vereinbarungen und Empfehlungen umsetzen. Wenn alle Entwicklungsländer angemessene Anstrengungen unternehmen, um ihre Staatseinnahmen und den Gesundheitsanteil an den öffentlichen Haushalten zu erhöhen, würde das globale Defizit für die Finanzierung grundlegender Gesundheitsdienste von über 180 Milliarden US\$ im Jahr 2013 auf knapp 50 Milliarden im Jahr 2020 verringert. Für die Erforschung von Gesundheitsproblemen, die überwiegend Entwicklungsregionen betreffen, müssten insgesamt weitere 6 Milliarden US\$ pro Jahr aufgebracht werden, wovon die Industriestaaten rund 4 Milliarden beitragen sollten. Dazu kommt der schwer zu kalkulierende Bedarf an internationaler Kooperation, um das Menschenrecht auf Gesundheit auch dort zu gewährleisten, wo nicht der Mangel an finanziellen Ressourcen sondern der fehlende politische Wille den Zugang zu lebensbewahrenden Maßnahmen versperrt. Wenn die wirtschaftlich privilegierten Länder insgesamt bis 2020 die Empfehlung der WHO umsetzen, mindestens 0,1 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die globale Gesundheit bereitzustellen, dann würde der geschätzte Umfang der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit für die Gesundheitsförderung von 22 auf über 53 Milliarden US\$ steigen. Aufgrund der niedrigen Wechselkurse der nationalen Währungen der Zielländer im Verhältnis zu ihrer lokalen Kaufkraft wäre der Gegenwert aber noch deutlich höher.

Die so mobilisierten Mittel würden also sehr wahrscheinlich ausreichen, um weltweit die wesentlichen Gesundheitsleistungen zu finanzieren. Die internationale Gemeinschaft hat nicht nur die ethische Verantwortung, sondern auch die finanziellen Möglichkeiten, um dafür Sorge zu tragen, dass alle Menschen Zugang zu effektiven Maßnahmen der Prävention, Diagnose und Behandlung von lebensbedrohenden Krankheiten wie HIV erhalten. Eine solche gemeinsame Anstrengung würde auch ein zentrales Element für die Verwirklichung der Agenda für nachhaltige Entwicklung sowie ein herausragendes Beispiel dafür darstellen, wie die Bewältigung der globalen Zukunftsaufgaben durch partnerschaftliche Zusammenarbeit gelingen kann.

Das Ende von Aids - eine historische Chance

Dabei werden gerade die nächsten Jahre entscheidend sein, wenn wir die Chance nutzen wollen, die HIV-Epidemie und andere verheerende Infektionskrankheiten bis 2030 zu bezwingen. Wie es der damalige Präsident der UN-Vollversammlung bei dem Hochrangigen Treffen zu HIV und Aids treffend ausdrückte, handelt es sich um eine der größten Errungenschaften, die wir zu unseren Lebzeiten erreichen können. Mit mehr als 18 Millionen erhält inzwischen annähernd die Hälfte der 37 Millionen mit HIV lebenden Menschen eine lebensbewahrende antiretrovirale Therapie. Bis 2020 müssen mindestens 30 Millionen Menschen erreicht werden. Die Anzahl der Aids-bedingten Todesfälle konnte von 2 auf 1,1 Millionen verringert werden und muss bis Ende des Jahrzehnts auf unter 500.000 gedrückt werden. Das erfordert nicht nur eine Ausdehnung der Testangebote, Beratungsmöglichkeiten und Behandlungsprogramme, sondern setzt auch eine Intensivierung der Therapiebegleitung voraus. Zugleich ist es dringend notwendig, die Präventionsbemühungen zu verstärken. Noch immer infizieren sich pro Jahr 1,9 Millionen Erwachsene und diese erschreckende Zahl hat sich zuletzt kaum vermindert. Neben den spezifischen an die jeweiligen Bedürfnisse angepassten Präventionsmaßnahmen, braucht es auch eine umfassende Verbesserung der Lebensbedingungen besonders benachteiligter Bevölkerungsgruppen insbesondere im Hinblick auf

den Zugang zu Bildung, die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz und die soziale Teilhabe. Wenn es die Weltgemeinschaft versäumt, jetzt die notwendigen Anstrengungen zu unternehmen, wird es sehr viel schwieriger werden, unser zentrales Ziel der Beendigung von Aids bald zu erreichen.

Die Menschheit steht vor großen Herausforderungen

Zum einen hat die Weltgemeinschaft in den vergangenen beiden Jahren wichtige Vereinbarungen getroffen, um Armut und Krankheit zu überwinden. Zum anderen haben es skrupellose Polit-Hasardeure mit erlogenen Scheinargumenten und übler Stimmungsmache geschafft, Menschengruppen gegeneinander aufzuhetzen und in manchen Ländern irrationale Entscheidungen mit fatalen Folgen zu provozieren. Lange hat sich die Grundfrage für das menschliche Zusammenleben nicht mehr in solcher Schärfe gestellt: Schaffen wir eine solidarische und gerechte Weltgesellschaft, die Allen ein langes, gesundes und selbstbestimmtes Leben ermöglicht, oder setzt sich der blinde Egoismus durch, der letztlich die Lebenschancen aller Menschen zerstört - einschließlich derer, die sich noch für zu reich und mächtig wähnen um angreifbar zu sein.

Neben dem verstärkten Engagement für die direkte Unterstützung der bedrohten und betroffenen Menschen werden wir für die grundlegenden politischen Anliegen eintreten müssen.

Die Kernanliegen, für die sich das Aktionsbündnis einsetzt, sind aktueller denn je:

1. Die Erhöhung der finanziellen Anstrengungen für die Gesundheitsversorgung sowohl auf Seiten der wirtschaftlich privilegierten Staaten als auch der Entwicklungsländer selbst mit dem Ziel, allen Menschen den Zugang zu essenziellen Gesundheitsdiensten zu garantieren und ein positives Beispiel zu setzen für eine gerechtere Ressourcenverteilung auf allen Ebenen
2. Die Hinterfragung und Korrektur der in den letzten beiden Jahrzehnten durchgesetzten Monopolrechte und ihrer schädlichen Auswirkungen auf die Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit von Medikamenten und anderen Medizinprodukten
3. Das Angehen der gesellschaftlichen Ursachen für lebensbedrohliche Gesundheitsrisiken wie die HIV-Infektion darunter vor allem die zunehmenden sozialen Gegensätze und ökonomischen Unsicherheiten im Zusammenhang mit dem herrschenden neoliberalen Globalisierungsmodell und der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen
4. Die Verteidigung der demokratischen Grundrechte, die in vielen Ländern der Macht- und Profitgier zum Opfer zu fallen drohen und die doch für alle Dimensionen der menschlichen Entwicklung aber ganz besonders für die gesellschaftliche Teilhabe der ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen unabdingbar sind
5. Und schließlich die Überwindung jeglicher Form von Diskriminierung und die umfassende Beteiligung aller Menschen, insbesondere derer, die mit HIV leben oder aufgrund ihrer gesellschaftlichen Lage besonders von der Epidemie bedroht sind, eingedenk der fundamentalen Werte wie der unveräußerlichen Menschenwürde sowie in der Überzeugung, dass es nur dann gelingen kann, eine menschliche Gesellschaft aufzubauen und eine Beendigung verheerender Krankheiten zu erreichen.

Es braucht dringend Menschen und Organisationen, die gemeinsam und konsequent für eine solidarische Bewältigung der globalen Herausforderungen und einen fairen Beitrag Deutschlands hierfür eintreten. Auch deswegen bleibt das Aktionsbündnis gegen Aids unverzichtbar.

Weitere Lektüre:

Globale Krise und Deutschlands Beitrag zur Globalen Antwort - Fünfte zivilgesellschaftliche Bestandsaufnahme des politischen und finanziellen Engagements der Bundesregierung für die UN-Ziele zur weltweiten Gesundheitsversorgung und HIV-Bewältigung ([Link 1](#))

The Global Crisis and Germany's Contribution to the Global Response - Fifth Edition of the Civil Society Appraisal of the Political and Financial Contributions provided by the German Government in support of the UN Targets on Global Health and HIV Control ([Link 2](#))

Mobilizing the Resources Required for Universal Health Coverage - Outline of a Global Compact towards Closing the Financing Gap by 2020 ([Link 3](#))

Präsentation für die Vollversammlung im November 2016: Deutschlands Beiträge für die globale Gesundheit und HIV-Bewältigung im Kontext der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele ([Link 4](#))

Pressemitteilung anlässlich des Welt-Aids-Tags bezugnehmend auf den kürzlich beschlossenen Bundeshaushalt für 2017 ([Link 5](#))

Webseite mit interaktiven Grafiken und Karten für die Darstellung und nutzerzentrierte Nachverfolgung der Ergebnisse aus den Analysen zur Finanzierung der globalen Gesundheit und HIV-Bewältigung: <http://odaforhealth.medmissio.de/resources.php>